



BPA Bundesregierung Aktuell

Mitschrift Pressekonferenz

Regierungspressekonferenz vom

13. Juli

Mi, 13.07.2011



Themen: 13. deutsch-russische Regierungskonsultationen, Stabilität der Eurozone, Steuersenkungen, Energiepaket/Kraftwerksförderprogramm, ELENA-Verfahren, Brückensanierungen

Sprecher: SRS'in Heimbach, Kotthaus (BMF), Dr. Schäfer (AA), Schlienkamp (BMW), Dr. Schwarte (BMU), Mehwald (BMVBS)

Vorsitzender Mayntz: Herzlich willkommen, sehr verehrte Frau Heimbach, sehr verehrte Sprecherinnen und Sprecher der Ministerien als unsere Gäste der Regierungspressekonferenz, zu der wir auch 24 Studenten aus Shanghai begrüßen. Sie sind auf Initiative der Gesellschaft für berufsbildende Maßnahmen in Berlin und unternehmen im Rahmen eines Deutschkurses eine Exkursion mit den thematischen Schwerpunkten Demokratie, Medien, Wirtschaft. Ich denke, da sind sie heute bei uns ganz richtig. Herzlich willkommen!

Wir beginnen mit einer Ankündigung. Frau Heimbach, bitte.

SRS'in Heimbach: Wie Sie wissen, finden am 18. und 19. Juli die 13. deutsch-russischen Regierungskonsultationen - diesmal in Hannover - statt. Themenschwerpunkte sind bilaterale und internationale Themen sowie Fragen aus den Bereichen Wirtschaft, Umwelt und Innenpolitik. Gemeinsam mit Russland soll die Modernisierungspartnerschaft weiter vorangetrieben werden, in deren Rahmen Projekte in den Bereichen Gesundheit und Demografie, Energieeffizienz, Verkehr, Logistik und nicht zuletzt Rechtszusammenarbeit identifiziert und umgesetzt werden sollen.

Bei den bevorstehenden Konsultationen werden nach derzeitigen Planungen von deutscher Seite neun Minister und zwei weitere Ressorts auf Staatssekretärebene vertreten sein. In der

Abstimmung sind nach heutigem Stand mehr als ein Dutzend Vereinbarungen, unter anderem zum Deutschland-Russland-Jahr 2012/2013, mehrere Abkommen zur Stärkung der ministeriellen Zusammenarbeit sowie Wirtschaftsabkommen. Im Umweltbereich geht es um die Wiederherstellung von Torfmooren und den Schutz von Urwäldern. Die Bundeskanzlerin wird den Präsidenten der Russischen Föderation, Dmitri Medwedew, um 19.30 Uhr in Garbsen bei Hannover begrüßen. Danach zieht sie sich mit ihm zu einem bilateralen Gespräch im Rahmen eines Abendessens zurück. Am nächsten Morgen werden die Bundeskanzlerin und der Präsident mit deutschen und russischen Vertretern im Congress Center Hannover zu Gesprächen zusammenkommen. Parallel dazu finden die Fachgespräche der Bundesminister mit den Ministern der Russischen Föderation statt; wir haben dies schon angekündigt.

Darüber hinaus wird es am kommenden Freitag, wie Sie es gewohnt sind, um 12.30 Uhr ein Briefing geben, und zwar mit dem Staatssekretär und Regierungssprecher Steffen Seibert und dem zuständigen Abteilungsleiter für Außenpolitik im Bundeskanzleramt, Dr. Heusgen. Wir danken der Bundespressekonferenz schon jetzt, dass wir wieder hier zu Gast sein dürfen.

Frage (zu den deutsch-russischen Konsultationen): Gehört es zu den Wünschen, die Deutschland an Russland hat, dass die Beteiligungsmöglichkeiten ausländischer Investoren an strategisch wichtigen Industrien in Russland wie auch der Energiewirtschaft verbessert werden?

SRS'in Heimbach: Sie werden Verständnis dafür haben, dass ich den Gesprächen nicht vorgreife.
Vorsitzender Mayntz: Gibt es Fragen zur Situation des Euro?

Frage: Ehrlich gesagt, weiß ich gar nicht, wo ich anfangen soll. Zunächst einmal folgende Frage mit Blick auf die Situation an den Finanzmärkten am gestrigen Tag, nachdem ein Treffen der Finanzminister mit relativ wenig konkreten Ergebnissen zu heftigen Kursbewegungen Anlass gegeben hat: Herr Kotthaus, ist das ein Ausdruck

dessen, dass man bei den Arbeiten für das griechische Hilfspaket innerhalb von Wochen zu Ergebnissen kommen muss und nicht Monate, wie man anfangs dachte, Zeit hat?

KOTTHAUS: Wochen, Monate? Wie sagt die Eurogruppe in ihrem Statement so schön? - Shortly! Wenn Sie auf die Marktbewegungen von gestern Bezug nehmen, Herr Heller, kann ich mit den Marktbewegungen von heute kontern, die ja wiederum sehr viel besser respektive entspannter sind.

Es gibt momentan, glaube ich, keinen Grund für hektische Ausschläge. Die Eurogruppe hat sich einfach die Zeit genommen, umfassend, intensiv und - ich würde fast sagen: ohne Scheuklappen - sehr offen die Optionen, die Möglichkeiten zu diskutieren, die es gibt, um die Problematik Stabilität der Eurozone insgesamt - respektive besonders fokussiert auf Griechenland - lang- und mittelfristig anzugehen.

Sie wissen: Wir werden im September die nächste Tranche haben. Da wird - wie alle Vierteljahre bei Griechenland - wieder die Frage gestellt werden: Wie sieht es mit der Schuldentragfähigkeit aus? Wie sieht es mit der Absolvierung des Programms aus? - Es stehen also dieselben Fragen, die wir schon im Juni und Juli diskutiert haben, zur Beantwortung an. Im Vorlauf dazu fragt man sich natürlich konkret: Wie sieht das aus? Wie können wir die Schuldentragfähigkeit Griechenlands weiter verbessern? Das erfolgt sicherlich schon durch das ambitionierte Privatisierungsprogramm, das die Griechen jetzt aufgelegt haben.

Man muss auch noch einmal die positiven Momente dazu festhalten: Die Griechen haben getan, was sie in den Kernpunkten für das neue Programm zugesichert haben: Sie haben die Privatisierungsagentur gegründet, haben auch die ersten Spitzenbesetzungen verkündet. Jetzt müssen sicherlich die weiteren Besetzungen folgen, und dann müssen auch die zu privatisierenden Assets übertragen werden. Wie gesagt: Das wird auch dazu führen, dass die Schuldentragfähigkeit verbessert wird.

Des Weiteren hat die Eurogruppe gesagt: Lasst uns noch einmal gucken, lasst uns - die Euro-Arbeitsgruppe, die Euro Working Group - noch einmal intensiv und umfassend überlegen, was wir machen können, um weiter an der Schuldentragfähigkeit Griechenlands zu arbeiten. - All das wird zügig, aber ohne Hektik passieren, denn wie gesagt: Griechenland ist aufgrund der Ausschüttung der letzten Rate - im Juli - bis Mitte

September durchfinanziert. Deswegen besteht jetzt die Möglichkeit, diese Aufgaben zügig oder - wie die Euro Working Group schrieb - «shortly» anzugehen. Zusatzfrage: Bedeutet das, wenn es bei der Eurogruppe, bei den Euro-Finanzministern nun heißt: «Wir haben den Zeitpunkt, wo alles auf den Tisch kommen kann», dass das, was die Bundesregierung früher als rote Linien genannt hat - beispielsweise die Aussage «Bond-Rückkäufe wollen wir nicht», die Aussage «Wenn wir etwas tun, muss es von der EZB gestützt sein» oder die Aussage «Eine weitere Aufstockung des Rettungsschirms halten wir nicht für notwendig» noch besteht, oder haben sie sich im Diskussionsprozess inzwischen aufgelöst?

KOTTHAUS: Das Statement der Eurogruppe sagt, dass man darüber nachdenkt, was man mit der Flexibilität und dem Instrumentenkasten des EFSF machen möchte, und sich das einmal anschaut. Wir suchen sicherlich allesamt eine umfassende Lösung, die auch von den Märkten entsprechend positiv honoriert wird, die eben auch mittel- und langfristig die Schuldentragfähigkeit von Griechenland verbessern helfen wird. Da warten wir jetzt auf die Vorschläge der Euro Working Group.

Zusatzfrage: Gibt es die roten Linien noch, oder gibt es sie nicht mehr als rote Linien?

KOTTHAUS: Um es, weil Sie ausdrücklich die EZB nannten, noch einmal - auch von meiner Seite - ganz klar zu sagen: Wir haben diese Diskussion in der Eurogruppe sehr offen geführt. Das war hilfreich, um einmal vorurteilsfrei alle theoretisch denkbaren - sicherlich nicht immer auch umsetzbaren - Möglichkeiten zu evaluieren.

Sie haben zum Beispiel von Bond-Rückkäufen gesprochen: Schon nach dem jetzigen Instrumentarium des EFSF ist es theoretisch denkbar, dass ein Staat Gelder bekommt, um damit auch einen Teil seiner Staatsschulden - Klammer auf: normalerweise mit deutlichen Abschlägen - zurückzukaufen. Der EFSF würde also ein Programm auflegen und das Geld an das jeweilige Land geben, das dann dementsprechend handeln würde. Das ist eine heute schon vorstellbare Option. Allem anderen, welche Vorschläge die Eurogruppe machen und wie man sie bewerten wird, möchte ich nicht vorgreifen, sondern nur sagen: Es wird sicherlich immer in engster Abstimmung und gemeinsam mit der EZB erfolgen. Ich glaube, da sind wir seit Jahren absolut klar: Die EZB ist der zentrale Ankerstein in der Eurozone. Die EZB ist unabhängig. Die EZB hat eine klare Meinung. Sie arbeitet in der Eurogruppe mit. Aber wir haben

immer gesagt: Wir werden das immer gemeinsam mit der EZB machen - um da keine Zweideutigkeiten aufkommen zu lassen, damit es nicht umgekehrt interpretiert wird. Alles andere ist hinfällig.

Wir haben im Moment keine konkreten Vorschläge. Ich kann mich über konkrete Vorschläge, wie man weiter an dem EFSF-Instrumentarium arbeiten kann, erst äußern, wenn solche vorliegen. Dann tue ich das sehr gern, lauthals und ausdrücklich, aber im Augenblick ist die Situation die, dass wir die Euro Working Group gebeten haben, zu schauen, welche Möglichkeiten es gibt. Wir arbeiten an einem Gesamtschema. Ich werde mich jetzt nicht zu einzelnen Elementen von irgendetwas einlassen, sondern der Auftrag ist, zu gucken, wie wir das Instrumentarium so erweitern können, dass wir gegebenenfalls die Schuldentragfähigkeit einzelner Länder, insbesondere Griechenlands, damit verbessern können. Jetzt warten wir auf entsprechende Vorschläge. Wie gesagt: Das muss bis spätestens Mitte September erfolgen, wenn wir so weit sind, das neue Griechenland-Programm auf den Weg zu bringen.

Frage: Herr Kotthaus, Sie haben gerade gesagt, dass der Schuldenmechanismus jetzt schon die Option bietet, einem Staat Geld zu geben, um seine Staatsschulden zurückzukaufen. Das war mir in der eben beschriebenen Klarheit neu. Was mir aber klar war, ist, dass die Bundesregierung bislang gegen einen solchen Schritt war. Heißt Ihr Verweis auf diese Option, dass sich da ein Meinungswandel vollzogen hat?

Zweitens: Wenn Sie in dieser langen intensiven und offenen Diskussion gestern in der Eurogruppe verschiedene Möglichkeiten diskutiert haben, sind es ja wahrscheinlich im Wesentlichen die bekannten gewesen. Sind da noch Optionen hinzugekommen, und wenn ja, wie sehen sie aus?

KOTTHAUS: Ich habe das gerade noch einmal gesagt, weil ich diesbezüglich gefragt worden bin, um einfach einmal klarzustellen, wie die Rechtslage heute innerhalb eines Programms, wie ich es gerade geschildert habe, ist: Sie wissen ja, dass wir zum Beispiel bei Griechenland eine Summe von 10 Milliarden Euro für die Bankenrestrukturierung vorgesehen haben. Es besteht also die Möglichkeit, mit den Geldern, die man den Mitgliedsstaaten gibt, bestimmte Auflagen zu verbinden, wofür die Gelder genutzt werden sollen oder dürfen. Das hat nichts mit der Frage zu tun: Wie muss, sollte oder könnte man den EFSF weiterentwickeln? Da warten wir schlicht und ergreifend auf die Vorschläge der Euro Working Group, die dann zu beleuchten sind.

Was die Diskussion in der Eurogruppe bezüglich der Optionen betrifft: Sie haben gesehen, dass in den letzten Tagen und Wochen zahlreiche Vorschläge vonseiten der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Politik unterbreitet worden sind, was man tun könnte, um die Programme zu gestalten, respektive die Schuldentragfähigkeit zu erhöhen oder an die Lösung der Probleme heranzugehen. Diese Vorschläge sind in der langen Sitzung der Eurogruppe umfassend beleuchtet worden. Welche konkreten Vorschläge die Euro Working Group, die sich mit den technischen Details noch tiefer befassen werden muss, herausdestillieren wird, weiß ich momentan nicht, und deswegen habe ich auch Schwierigkeiten - wie auf die Frage von Herrn Heller vorhin -, Ihnen zu sagen: Das geht - das geht nicht. Es geht überhaupt nicht, das jetzt schon zu machen. Wir werden das sehen müssen, wenn die Vorschläge auf dem Tisch liegen. Dann werden wir auch sehen: Was bedeutet das konkret? Wie ist das mit Festlegungen, die wir getroffen haben, in Übereinstimmung zu bringen oder auch nicht? Das werden wir dann sehen.

Deswegen: Sie kennen den Status quo. Wir haben einfach darum gebeten, einmal etwas umfassender zu gucken, was für Optionen es gibt, auch, um uns nicht durch Ratingagenturen usw. von vornherein Denkverbote erteilen lassen. Es geht darum, jetzt noch einmal umfassend zu schauen, welche Möglichkeiten bestehen, und dann in der Eurogruppe zu bewerten: Was ist davon tatsächlich umsetzbar, realistisch und auch gewollt?

Zusatzfrage: Ist der gestern von Herrn Blessing publizierte Vorschlag auch in der Tombola? Wird der Vorschlag geprüft?

KOTTHAUS: Das ist einer von vielen interessanten Vorschlägen, die beleuchtet werden. Wie gesagt, sie haben sich bemüht, ohne vorher erteilte Denkverbote zu arbeiten.

Richtig ist auch: Wir werden das jetzt sicherlich sehr zügig angehen. Wir werden uns in der Sommerpause nicht entspannt zurücklehnen, sondern sicherlich auch in der Euro Working Group intensiv darüber beraten und schauen, was machbar, realistisch und vernünftig ist. Frage: Herr Kotthaus, es ist ja nicht nur die Bundesregierung, die rote Linien aufgezeigt hat, sondern auch der Bundestag. Der Bundestag möchte keine Sekundärkäufe durch den EFSF, möchte also nicht, dass dieser Banken oder ähnlichen Einrichtungen Anleihen abkauft...

Voller Text: http://www.bundesregierung.de/nn_774/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/07/2011-07-13-regpk.html

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Zahlen, Daten, Fakten

Made in Germany weltweit gefragt=

<<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2011/07/2011-07-06-diw-gutachten.html>>

=

Vollzeitbeschäftigung steigt stärker als

Teilzeitbeschäftigung=

<<http://www.iab.de/de/informationsservice/presse/presseinformationen/az1101.aspx>>

=

Urlaubscheck: Richtig abschalten spart unnötige

Stromkosten=

<<http://www.dena.de/themen/thema-strom/pressemitteilungen/pressemitteilung/urlaubscheck-richtig-abschalten/>>

=

Lage in Afghanistan / Zwischenbericht Juli 2011=

<<http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Afghanistan/afghanistan.html>>

Neu im Internetangebot der Bundesregierung

Neuer Internetauftritt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales=

<<http://www.bmas.de/DE/Startseite/start.html>>

=

Bürgerdialog=: Energieversorgung geht alle an=

<<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2011/07/2011-07-07-buergerdialog-energie.html>>

=

Folgen Sie Regierungssprecher Steffen Seibert auf Twitter: =

<<http://twitter.com/RegSprecher>>

Podcast der Kanzlerin

Merkel will Beziehungen zu afrikanischen Staaten vertiefen=

<<http://www.bundeskanzlerin.de/Webs/BK/De/Aktuell/Podcasts/podcast.html>>

Termine der Bundeskanzlerin

Bundeskanzlerin in Polen

Morgen wird die Bundeskanzlerin die polnische

Ostseehalbinsel Hela besuchen. Sie

folgt einer Einladung des polnischen

Staatspräsidenten Komorowski.

Informationstour

<<http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/infotour/DE/Startseite/startseite.html>>

Die Bundesregierung kommt zu Ihnen! =

<<http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/infotour/DE/Startseite/startseite.html>>

Fussball-WM 2011

Informationen zur FIFA Frauen-Fussball-WM 2011=

<http://www.frauen-fussball-wm2011.de/FIFA2011/DE/Home/Startseite_node.html>

=

Fussballnationalmannschaft der Frauen im Kanzleramt (Video)=

<http://www.bundesregierung.de/nn_670562/Content/DE/AudioVideo/2011/Video/2011-04-05-Streaming-Fussball/2011-04-05-fussball.html>

=

Magazin für Europa und Internationales: Frauen am Ball=

<<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Magazine/03MagazinEuropaInternationales/06/Doorpage-06.html>>

Magazin

<<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Magazine/01MagazinSozialesFamilie/07/07.html>>

Bundesfreiwilligendienst=

<<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Magazine/01MagazinSozialesFamilie/07/07.html>>

Impressum

2011 Presse- und Informationsamt der

Bundesregierung

=Impressum

<<http://www.bundesregierung.de/Content//DE/Newsletter/Impressum/impressum.html>>

=Abonnieren Sie auch die Themenmagazine der Bundesregierung

<<http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Magazine/MagazinAbonnement/magazin-abonnement.html>>

=Abonnement Ändern oder beenden

<<http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Service/EmailAboBundesregierungAktuell/email-abo.html>>

IMPRESSUM

ZEITUNG "ORENBURGER ALLGEMEINE". Reg. Nr. E-0145

Chefredakteur: Andrei Tikhomirov, Redaktion: Olga Mehl, Segrei Frank.

E-Mail: orenburgerallgemeine@narod.ru

Website: <http://gazetavseti.narod.ru/orenburgerallgemeine.htm>

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Textnachdruck nur gegen Copyright-Vermerk: Zeitung "Orenburger Allgemeine".